

Gemeinde Heddesbach

Niederschrift Nr. 05/2021

über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderats

Mittwoch, 21. Juli 2021 (Beginn 19.00 Uhr; Ende 20.18 Uhr), im Bürgertreff Heddesbach

Vorsitzender:

Bürgermeister Volker Reibold

Zahl der anwesenden Mitglieder: 5

Namen der nicht anwesenden Mitglieder:

Udo Falter..... (v)

Matthias Fischer (v)

Thomas Jackel..... (v)

..... ()

Schriftführerin:

Tanja Roßnagel (GVV Schönau)

Urkundspersonen der heutigen Sitzung sind:

GR Stefanie Kohlert und GR Christian Frank

Sonstige Verhandlungsteilnehmer:

Werner Fischer (Geschäftsführer GVV Schönau), Ricarda Elfner (GVV Schönau)

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 08.07.2021 ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
2. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am 14.07.2021 ortsüblich bekannt gemacht worden sind und das Kollegium beschlussfähig ist, weil mindestens 5 Mitglieder anwesend sind.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:

(u=unentschuldigt/v=verhindert/k=krank)

1. Bekanntgabe des Protokolls der letzten Sitzung

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung Nr. 04/2021 vom 23.06.2021 wird dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht. Einwendungen gegen das Protokoll, über die eine Entscheidung hätte getroffen werden müssen, werden nicht geltend gemacht.

2. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Bürgermeister Volker Reibold gibt bekannt, dass in der letzten Sitzung beschlossen wurde, dass die monatliche Erstattung des Kindergartenbeitrags in Höhe von EUR 7,50 ab dem Jahr 2021 eingestellt wird.

3. Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

Es sind keine Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen eingegangen, daher ist kein Beschluss erforderlich.

4. Bericht über den Haushaltsverlauf

Bürgermeister Volker Reibold übergibt das Wort an GVV-Geschäftsführer Werner Fischer. Dieser geht auf den Haushaltsverlauf wie folgt ein:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie üblich, wollen wir Sie über den aktuellen Haushaltsverlauf, neue Erkenntnisse und Entwicklungen zur Jahresmitte informieren.

Zunächst zum Ergebnishaushalt, also den Einnahmen und Ausgaben aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Ein besonderes Augenmerk gilt bei den Einnahmen natürlich den Einkommensteueranteilen, den Schlüsselzuweisungen und in diesem Jahr auch der Gewerbesteuer.

*Bei den **Einkommensteueranteilen** wurde die Prognose um 2,5 % nach unten korrigiert, was für Heddesbach rd. 6.100 € weniger bedeutet. Allerdings wurden aus der Vorjahresabrechnung noch knapp 3.300 € nachentrichtet. Dennoch rechnen wir mit einem höheren Ausfall, da der prognostizierte Wert mit den 4 Teilzahlungen zuletzt nicht erreicht wurde.*

Schlüsselzuweisungen

Die Schlüsselzuweisungen sollen sogar etwas höher ausfallen, derzeit ist mit einem um 5 € höheren Kopfbetrag zu rechnen, was für Heddesbach rd. 2.000 € mehr bedeuten würde. Hinzu kommen Nachzahlungen aus der Vorjahresabrechnungen der Schlüsselzuweisungen mit 4.000 € und der Investitionspauschale in Höhe von 1.600 €. Somit können wir den zu erwartenden Ausfall bei den Einkommensteueranteilen weitestgehend wieder ausgleichen.

Gewerbsteuer

Die Gewerbesteuer spielt in Heddesbach bekanntermaßen keine allzu große Rolle. Das Aufkommen lag in den letzten Jahren zwischen 15.000 € und 30.000 €. In diesem Jahr sieht das etwas anders aus. Aktuell dürfen wir rd. 70.000 € bis 80.000 € erwarten. Geplant haben wir mit 20.000 €. Dieser Betrag gilt auch als relativ sicher, auch wenn im Laufe des Jahres noch weitere Abrechnungen von einzelnen Betrieben eingehen und Erstattungen und die Reduzierung von Vorauszahlungen kommen können.

Außerdem muss ich schon an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der größte Teil der Gewerbesteuer durch die Systematik des kommunalen Finanzausgleichs in 2 Jahren wieder abfließt. Das bedeutet, dass wir in 2 Jahren höhere Umlagen in den Finanzausgleich und an den Kreis zahlen müssen und dass wir geringere Schlüsselzuweisungen erhalten. Deshalb müssen wir uns schon jetzt darauf einstellen, denn wir dürfen nicht davon ausgehen, dass die Gewerbesteuer in Zukunft auf diesem höheren Niveau bleibt, sodass wir in 2 Jahren mit einem deutlich geringeren oder sogar negativen Cash Flow rechnen müssen.

Sonstige Einnahmen

Bei den sonstigen Einnahmen gibt es auch kleinere Veränderungen, auf die ich jetzt aber nicht näher eingehen muss. Zu erwähnen sind hier allenfalls knapp 7.000 € mehr Holzerlöse, die z.T. noch aus im Vorjahr eingeschlagenem Holz kommen.

Ausgaben

Auf der Ausgabenseite gibt es derzeit keine nennenswerten Überschreitungen, über die zu berichten wäre. Lediglich beim Bauhof sind bisher rd. 1.300 € Mehraufwand für Reparaturen und für laufende Betriebskosten für den Schlepper zu verzeichnen.

Außerdem wird natürlich eine entsprechend höhere Gewerbesteuerumlage fällig, wenn die genannten Mehreinnahmen so eingehen. Bei den gerade genannten 50.000 € bis 60.000 € mehr Gewerbesteuer, ergeben sich daraus 6.000 € bis 7.000 € an Gewerbesteuerumlage zusätzlich.

Unser Haushaltsplan sieht im Ergebnishaushalt, also auch unter Berücksichtigung von Abschreibungen und Auflösung von Beiträgen und Zuschüssen ein Defizit von 9.200 € vor. Stand heute können wir davon ausgehen, dass es zu keinem Defizit kommen wird, sondern vielmehr zu einem Überschuss, den wir dann in die ErgebnISRücklage zuführen können. Damit kommt dann auch zum Ausdruck, dass es zu keinem Ressourcenverbrauch kommt.

Betrachten wir nur die tatsächlichen Einzahlungen und Auszahlungen im Ergebnishaushalt, also aus laufender Verwaltungstätigkeit, dann hatten wir nach der Planung bisher einen Zahlungsmittelüberschuss, also einen Cash Flow von 72.500 €.

Analog der dargestellten Entwicklung, können wir davon ausgehen, dass auch dieser Betrag deutlich höher ausfallen wird, was zu einer Verbesserung der Liquidität führt.

Zum **investiven Teil** des Haushaltsplans.

Veranschlagt haben wir 1.184.000 € für Investitionen. Tatsächlich ausgegeben haben wir bislang aber nur rd. 341.000 €. Knapp 312.000 € entfallen davon auf den **1. Bauabschnitt der Ertüchtigung der Kläranlage**. Die Arbeiten sind fertig, die einzelnen Schlussrechnungen der Firmen liegen vor. Insgesamt haben wir in diesem Jahr 270.000 € bereitgestellt, so dass rd. 42.000 € mehr angefallen sind. Im vergangenen Jahr sind bereits 118.000 € ausgegeben worden.

Insgesamt kann man davon ausgehen, dass wir für den 1. BA. rd. 430.000 € aufgewendet haben. Der Zuschuss dafür beläuft sich auf rd. 278.000 €, sodass wir 152.000 € Eigenmittel aufbringen mussten. Das entspricht insgesamt betrachtet weitestgehend unserer Planung. Eine endgültige Abrechnungsinformation erhalten Sie, nachdem wir den Zuschuss abgerechnet haben.

Außerdem sollte es in diesem Jahr mit dem **2. BA. zur Ertüchtigung der Kläranlage** weitergehen. Dafür haben wir 700.000 € angesetzt, weitere 550.000 € als Verpflichtungsermächtigung. Aufgrund teilweise erheblicher Preissteigerungen in der letzten Zeit, haben wir das beauftragte Ingenieurbüro gebeten, die Kostenschätzung zu aktualisieren. Demnach müssen wir derzeit von **Gesamtkosten in Höhe von 1.375.000 €** ausgehen.

Die weitere Planung sieht vor, dass erforderliche Tiefbauarbeiten im November vom Gemeinderat vergeben werden können. Die Maschinen- und Elektrotechnik soll im Dezember ausgeschrieben und im Januar oder Februar 2022 vergeben werden. Die komplette Schlussabrechnung ist dann für Anfang 2023 vorgesehen.

Wir können also davon ausgehen, dass in diesem Jahr keine allzu hohen Ausgaben mehr anfallen werden und deshalb der größte Teil der Kosten im kommenden Haushalt neu zu veranschlagen ist.

Der Zuschussbewilligungsbescheid liegt zwar noch nicht vor, wir gehen aber davon aus, dass dieser in Kürze kommen wird. Insgesamt erwarten wir rd. 800.000 € Zuschuss vom Land.

Für Planungskosten haben wir eine 1. Abschlagszahlung in Höhe von rd. 7.000 € geleistet.

Der **Austausch der Schieberkreuze** in der Hauptstraße soll demnächst vorgenommen werden, ebenso soll dann auch in der Märzgasse das Problem mit austretendem Wasser beseitigt werden.

Der **Investitionszuschuss** in Höhe von 75.000 € für den **Verbindungsweg nach Brombach** war noch nicht auszuzahlen. Wir gehen davon aus, dass mit den Arbeiten plangemäß noch in diesem Jahr begonnen wird, ob deshalb aber eventuell noch ein Teilbetrag des Investitionszuschusses zu leisten ist, müssen wir abwarten. Auch da werden wir sicherlich einen Betrag im kommenden Haushaltsjahr neu veranschlagen.

Der geplante Bau eines eigenen Kindergartens wurde inzwischen zurückgestellt, dennoch bestand Einvernehmen, dass wir die Planung soweit voranbringen, dass wir eine Baugenehmigung erhalten. Diese liegt auch vor, weshalb dann auch außerplanmäßige Kosten in diesem Jahr von insgesamt knapp 14.000 € zu leisten waren.

Ebenfalls außerplanmäßig und durch Gemeinderatsbeschluss gedeckt, sind rd. 7.300 € für den **Erwerb eines Waldgrundstücks** im Einzugsbereich unserer Quelle für die Trinkwasserversorgung.

Insgesamt betrachtet sieht unser Haushaltsplan die Reduzierung der Liquidität in Höhe von 297.400 € und eine Darlehensaufnahme von 150.000 € vor.

In Anbetracht der geschilderten Abweichungen wird in diesem Jahr keine Darlehensaufnahme erforderlich. Inwieweit eine Reduzierung der Liquidität notwendig wird, lässt sich derzeit noch nicht vorhersagen. Sicher ist aber, dass die Reduzierung erheblich geringer ausfallen wird als geplant.

Wir halten Sie auf dem Laufenden und werden im Herbst wieder berichten.“

Bürgermeister Volker Reibold dankt Herrn GVV-Geschäftsführer Werner Fischer für seine Ausführungen.

5. Bundestagswahl 26.09.2021, Erfrischungsgeld

Bürgermeister Volker Reibold geht kurz auf den Entschädigungsbetrag ein, wonach der Wahlvorsteher 35 € und alle übrigen Mitglieder 25 € nach §10 der Bundeswahlordnung erhalten. Er erläutert, dass die Verwaltung die Auffassung vertritt, dass alle Wahlhelfer den gleichen Entschädigungsbetrag erhalten sollen, da der Wahlvorsteher keinen höheren Arbeitsaufwand hat als die übrigen Mitglieder der Wahlausschüsse.

Der Gemeinderat fasst daraufhin einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Erfrischungsgeld bei der Bundestagswahl am 26.09.2021 wird für alle Wahlhelfer auf einheitlich € 35 festgesetzt.

6. Bauantrag Königsberger Straße (Flst. Nr. 32/1)

Bürgermeister Volker Reibold übergibt das Wort an Ricarda Elfner, die den Bauantrag wie folgt darlegt. Die Eheleute Beutel beabsichtigen auf dem an ihrem Wohnhaus angrenzenden Grundstück in der Königsberger Straße (Flst. Nr. 32/1) eine landwirtschaftliche Maschinenhalle mit den Außenmaßen L x B = 20 m x 10,50 m (incl. 2,50 m Vordach) und einer maximalen Höhe von ca. 3,90 m zu errichten.

Das Baugrundstück befindet sich innerhalb der „im Zusammenhang bebauten Ortsteile ohne Bebauungsplan“. Das Bauvorhaben ist daher nach dem Einfügungsgebot entsprechend des § 34 BauGB zu beurteilen.

Es ist geplant, die Maschinenhalle parallel zur östlichen Grundstücksgrenze zu errichten. Die bereits bestehende Zufahrt erfolgt über die Königsberger Straße. Die neue Halle ist in einer Stahlstützenkonstruktion geplant und wird bis zum Vordach mit Aluminiumblech verkleidet. Die Längsseite zur Zufahrt hin ist offen.

Die öffentlich-rechtlichen Vorschriften sind nach Meinung der Verwaltung eingehalten, da davon auszugehen ist, dass die Abstandsflächenbaulast auf dem angrenzenden Grundstück Flst. Nr. 30 (Eigentümer = Bauherr) gemäß Darstellung auf dem eingereichten Abstandsflächenplan übernommen wird.

Da der Bereich Königsberger Straße/Sommergasse und Umgebung bereits durch den dörflichen Charakter mit teilweise landwirtschaftlich genutzten Gebäuden geprägt ist, fügt sich die Maschinenhalle unauffällig in die Eigenart der Umgebung ein.

Das Ortsbild wird nicht beeinträchtigt; von der Sommergasse aus ist primär die Schmalseite wahrnehmbar. Von der Königsberger Straße aus wird die Halle in ihrer Länge größtenteils durch das Wohnhaus der Bauherren verdeckt und liegt ca. 32 m von der Straße entfernt. Auch stellt die Halle gegenüber der derzeitigen Situation eine Verbesserung dar.

Bürgermeister Volker Reibold bedankt sich bei Ricarda Elfner für die ausführliche Darlegung und der Gemeinderat fasst daraufhin einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Einvernehmen zum Bauantrag wird hergestellt.

7. Fortschreibung Regionalplan Rhein-Neckar, Anmeldung des Flächenbedarfs für Wohnbebauung

Bürgermeister Volker Reibold übergibt das Wort an GVV-Geschäftsführer Werner Fischer. Dieser erläutert, dass sich der Regionalplan momentan in der Fortschreibungsphase bis ins Jahr 2035 befindet. In Abstimmung mit den Fachbehörden wurden geeignete Flächen bestimmt. Ein schwieriges Thema hierbei sind die Landschaftsschutzgebiete. Die Flächen im Knoos (zwischen Kapellenweg und Friedhof) werden als gut erschließbar erachtet. Sie sind relativ eben und somit einfach und unproblematisch zu erschließen. Sowohl Herr Fischer als auch Bürgermeister Reibold betonen, dass es sich bei dem heutigen Beschluss nur um einen Antrag zur Aufnahme in den Regionalplan handelt und es sich noch um keine Entscheidung zur Erschließung handelt.

Die ebenfalls geeigneten Grundstücke auf der südlichen Seite entlang der Sommergasse müssen nicht wie ursprünglich angedacht gemeldet werden, da diese dem unbeplanten Innerortsbereich zuzurechnen sind.

Der Gemeinderat fasst daraufhin einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die Flächen im Knoos als Neubauf Flächen beim Regionalverband anzumelden.

8. Informationen und Bekanntgaben der Verwaltung

- Bürgermeister Volker Reibold informiert das Gremium darüber, dass bei dem sonntäglichen Besuchstermin von Herrn Landtagsabgeordneten Hermino Katzenstein, Frau GR Birgit Hauck mit vor Ort war und bittet diese darüber zu berichten. Frau GR Hauck fasst daraufhin kurz den Rundgang zusammen.
- Des Weiteren bittet Bürgermeister Reibold Herrn GR Joey Schneider um einen Bericht zur Kerwedisco. Dieser spricht von einer gelungenen Veranstaltung unter Einhaltung der

3 G-Regeln. Durch die Abstimmung im Vorfeld mit Polizei und Gesundheitsamt ist es zu keinen Problemen gekommen.

- Beim Baubeginn des zweiten Bauabschnitts der Kläranlage kommt es zu einer Verzögerung durch das noch ausstehende artenschutzrechtliche Gutachten, so Bürgermeister Reibold.
- Außerdem informiert er darüber, dass die Firma Wäsch in der folgenden Woche mit den noch ausstehenden Arbeiten (Schieberkreuze, Wasseraustritt Märzgasse) beginnen will.

9. Anfragen aus dem Gemeinderat

- GR Jörg Reinhard fragt an, ob die Boiler im Feuerwehrhaus ersetzt werden können. Diese sind zum Teil defekt oder zu klein ausgelegt (Werkstatt). Bürgermeister Reibold gibt hierzu sein Einverständnis.
- GR Christian Frank erklärt, dass das Schild am Feuerwehrhaus momentan im Herstellungsprozess befindet.
- GR Jörg Reinhard fragt nach, ob man die alte Küche der Feuerwehr entsorgen kann und wie. Hier soll Sperrmüll angemeldet werden.
- GR Joey Schneider bittet um eine fachmännische Überprüfung des Stromverteilers und des -anschlusses an der Grillhütte.
- GR Birgit Hauk erkundigt sich nach den Quellschüttungen. Bürgermeister Volker Reibold erklärt, dass sich der Regen nicht groß bemerkbar gemacht hat. GVV-Geschäftsführer Fischer regt an, die Heißmarsgrundquelle eventuell auf Einwuchs zu überprüfen. Ein Rückgang der Quellschüttungen sei aber allgemein bemerkbar.
- GR Birgit Hauk fragt außerdem nach dem verwilderten Grundstück neben dem Feuerwehrhaus. Bürgermeister Volker Reibold informiert, dass dies nun zwangsversteigert ist und sich nun hoffentlich etwas tut.
- GR Stefanie Kohlert möchte wissen, was es mit der defekten Parkbank am Brombacher Weg auf sich hat. Bürgermeister Volker Reibold erklärt, dass hier alles in die Wege geleitet wurde und die Behebung des Schadens dann zügig erfolgt.

10. Bürgerfragestunde

- Eine Bürgerin erkundigt sich, wie viele Häuser in den neu zu meldenden Wohnbauflächen geplant sind. GVV-Geschäftsführer Werner Fischer erklärt, dass es soweit noch nicht ist. Eine solche Planung erfolgt erst im Zuge eines Bebauungsplanverfahrens.
- Ein Bürger erkundigt sich daraufhin wie lange es bis zu einem Aufstellungsbeschluss dauert. Herr Fischer umreißt das Verfahren. Daraufhin entsteht eine kurze Diskussion der Anwesenden um die vielen Bauplätze im Ort, die nicht bebaut werden. Zusätzlich betont Werner Fischer aber, dass man ohne Bedarf nicht erschließt und dass die Gemeinde die Einwohnerzahlen stabil halten will.

- Eine Bürgerin bittet darum den Friedhof zu mähen. Außerdem seien die Bänke an der Leichenhalle immer stark verschmutzt. Die Verwaltung sichert zu, Abhilfe zu schaffen.
- Des Weiteren bemängelt sie die Ausgestaltung des Amtsblatts. Außer Telefonnummern seien dort keine Informationen zu finden. Bürgermeister Reibold erklärt, dass wenn von den Vereinen keine Inhalte eingestellt werden, auch die Verwaltung daran nichts ändern kann. Auch sei es Corona geschuldet, dass keine Veranstaltungen stattfinden, über die berichtet werden könnte. GVV-Geschäftsführer Werner Fischer informiert außerdem, dass die Gemeinde Heddesbach die einzige ist, die das Amtsblatt für ihre Bürgerinnen und Bürger subventioniert.
- Zum Abschluss möchte die Bürgerin noch wissen, ob der Kindergarten jetzt gebaut wird. GVV-Geschäftsführer Fischer erklärt daraufhin, dass sich der Gemeinderat hier viele Gedanken gemacht hat und alles vorbereitet sei. Bei Bedarf kann jederzeit reagiert werden. Aktuell ist aber kein Baubeginn geplant.

Schriftführer:

Vorsitzender:

Urkundspersonen: